

The Hogan Lovells logo consists of the words "Hogan" and "Lovells" stacked vertically in a white, sans-serif font on a solid black rectangular background.

Hogan
Lovells

The ELTE MATE logo features the words "ELTE" and "MATE" stacked vertically in a white, sans-serif font on a solid blue rectangular background.

ELTE
MATE

Digital Transformation & Law Summit 2025

Insights

Impulse für die digitale Zukunft

Key-take-aways des Digital Transformation & Law Summits

Der Digital Transformation & Law Summit 2025 in Düsseldorf hat gezeigt:

Die digitale Transformation stellt Unternehmen, Technologie-Anbieter und Rechtsberater gleichermaßen vor neue Chancen und Herausforderungen. Gemeinsam mit Ihnen haben wir im Rahmen unseres Summits die aktuellen Weichenstellungen auf europäischer Regulierungsebene, den strategischen Einsatz von KI und Daten sowie die zunehmenden Anforderungen an Sicherheit und Compliance diskutiert:

Welchen Spielraum lässt die stetig wachsende Regulierung digitaler Technologien? Wird die Europäische Kommission die bisherige Regulatorik nachsteuern (müssen)? Welche Leitplanken gilt es dabei zu beachten? Und wie kann eine sinnvolle Förderung unserer digitalen Zukunft gelingen? Dabei wurde deutlich: Der Erfolg im digitalen Zeitalter erfordert mehr denn je eine enge Verzahnung von Technologie, Strategie und Recht.

Mit diesem Follow-up-Dokument möchten wir Ihnen noch einmal die wichtigsten Impulse und Erkenntnisse aus den Vorträgen und Gesprächen gebündelt zur Verfügung stellen. Es bietet Ihnen einen kompakten Überblick über Best Practices, zentrale Fragestellungen und rechtliche Leitplanken, die Unternehmen heute und in Zukunft im Blick behalten sollten.

Wir hoffen, dass Ihnen die Inhalte bei der weiteren strategischen Ausrichtung und Umsetzung Ihrer Digitalisierungsprojekte wertvolle Orientierung bieten.

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme, Ihre Beiträge und den offenen Austausch – wir freuen uns, diesen Dialog gemeinsam mit Ihnen fortzusetzen!

Ihr Hogan Lovells-Team



Dr. Marcus Schreibauer
Hogan Lovells



Dr. Leopold von Gerlach
Hogan Lovells

Key Note

Emerging & Frontier Technologies

Immer neuere Formen intelligenter Systeme, Roboter und Quanten Technologien verändern die Wirtschaft grundlegend und stellen Europas regulatorischen Rahmen sowie die Rechtslandschaft insgesamt vor neue Herausforderungen. Die fortlaufende Entwicklung dieser Technologien erfordert von Unternehmen und Jurist*innen gleichermaßen eine proaktive und vorausschauende Haltung.

Zu den zentralen Innovationen zählen multimodale KI-Modelle, die verschiedenste Datenarten wie Text, Bilder und Audio integrieren und etwa in Produktion, Handel und Automotive zur besseren Entscheidungsfindung beitragen. Retrieval-Augmented Generation kombiniert KI-Sprachmodelle mit externen Wissensdatenbanken und unterstützt präzise Anwendungen in vielen Bereichen, wie gerade auch in Rechtsberatung und Medizin. KI-Agenten ermöglicht autonome Entscheidungsprozesse und revolutioniert Finanzberatung sowie Logistikmanagement. Räumliche und physische KI nutzt Sensoren und 3D-Kartierung zur Echtzeit-Interaktion mit physischen Umgebungen, mit Anwendungen etwa im Immobilien- und Produktionssektor. Robotik und autonome Systeme automatisieren komplexe Prozesse in der Industrie und im Gesundheitswesen, während Quantentechnologien die Rechenleistung drastisch steigern und sichere Kommunikation revolutionieren könnten.

Es ist entscheidend, diese Entwicklungen kontinuierlich zu beobachten und zu verstehen – insbesondere für Jurist*innen, die frühzeitig die rechtlichen Rahmenbedingungen mitgestalten und Unternehmen bei der risikobewussten Nutzung innovativer Technologien beraten müssen.



Dr. Leopold von Gerlach

Hogan Lovells

Digital Transformation & Law Summit 2025

Insights | Inhaltsverzeichnis

Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU Data: Data Act, Data Governance Act	5
Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU Der AI Act: Ein neuer rechtlicher Rahmen für künstliche Intelligenz	7
Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU Neue rechtliche Anforderungen an die Cybersicherheit	8
Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU Die EU-Sicht zu kartellrechtlichen Implikationen der digitalen Transformation	9
Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis AI im HR-Bereich: Externe und innerbetriebliche Regulierung	10
Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis AI und der Schutz von IP: Ein Blick aus der Vogelperspektive	11
Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis Litigation in Zeiten der digitalen Transformation: Haftungsrisiken allerorten?	12
Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis Compliance in Zeiten der digitalen Transformation	13

1

Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU

Data: Data Act, Data Governance Act

Digitalisierung und Einsatz neuer Technologien ermöglichen neue Arten der Datennutzung. Rechtlich hat sich ein Wandel von „Datenschutzgesetzen“ zu „Datengesetzen“ vollzogen. Durch die Implementierung einer angemessenen Data Governance können die neuen Herausforderungen aus rechtlicher Sicht bewältigt werden und Qualität, Verfügbarkeit, Schutz und Nutzbarkeit von Daten für die internen Geschäftsprozesse gesteigert werden.

Data Governance Act

Zentrale Themen des Data Governance Acts sind Weiterverwendung geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen, Anforderungen an Datenvermittlungsdienste sowie freiwillige Registrierung von datenaltruistischen Organisationen. Zudem wurden mit dem Data Governance Act mögliche Quellen für Daten in Form von entsprechenden Registern, aber kein Anspruch auf Datenzugang geschaffen.

Data Act

Zentrale Themen des Data Acts sind Verbesserung des Zugangs zu bestimmten Daten sowie Erleichterung des Wechsels zwischen Datenverarbeitungsdiensten. Der Fokus des Digital Transformation & Law Summits lag auf den neuen Möglichkeiten und Anforderungen im Hinblick auf den Zugang zu Daten, die durch vernetzte Produkte oder verbundene Dienste generiert werden.

Der Data Act zielt darauf ab, dem Nutzer die Kontrolle über seine Daten zu geben. Grundsätzlich sind Hersteller von vernetzten Produkten und Anbieter verbundener Dienste in der Pflicht, ihre Produkte und Dienste so zu entwickeln, dass Daten, soweit relevant und technisch durchführbar, direkt zugänglich sind.

Daneben ist der Dateninhaber verpflichtet, Daten auf Verlangen des Nutzers entweder dem Nutzer oder einem Dritten bereitzustellen. Die Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen kann hierbei nicht generell verweigert werden, auch wenn Unternehmen die Möglichkeit haben, gewisse Schutzmaßnahmen zu implementieren und vertraglich umzusetzen.

Bei personenbezogenen Daten gelten die datenschutzrechtlichen Anforderungen zusätzlich zum Data Act. Dateninhaber selbst können bestimmte nicht-personenbezogene Daten zukünftig nur noch auf Basis einer vertraglichen Grundlage mit den jeweiligen Nutzern für eigene Zwecke nutzen und verwerten.

1

Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU

Data: Data Act, Data Governance Act

Für Vereinbarungen im Kontext der Bereitstellung von Daten an den Nutzer oder einen Dritten hat die EU Kommission für die verschiedenen Vertragsverhältnisse freiwillige Mustervertragsklauseln entwickelt. Der Data Act wird ab dem 12. September 2025 weitgehend anwendbar sein. Zu den Handlungsempfehlungen gehören:

- Bestandsaufnahme zu vernetzten Produkten und verbundenen Diensten
- Durchführung einer Gap- und Risikoanalyse
- Aufbau einer Data Governance
- Entwicklung von Strategien zur Datenbereitstellung und Datennutzung, einschließlich der Schaffung angemessener Informationstexte und Vertragsdokumentation
- Bis 12. September 2026: Entwicklungs- und Designstrategien für Produkte / Dienste



Sarah-Lena Kreutzmann
Hogan Lovells



Dr. Martin Pflüger
Hogan Lovells

2

Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU

Der AI Act: Ein neuer rechtlicher Rahmen für künstliche Intelligenz

Die KI-Verordnung (im internationalen Kontext: AI Act) ist seit dem 2. August 2024 in Kraft. Bereits seit 2. Februar 2025 gelten mit dem Verbot von KI mit inakzeptablen Risiken und der Pflicht, eine ausreichende KI-Kompetenz sicherzustellen, erste wesentliche Pflichten für Unternehmen.

Weitere Regelungen und Pflichten werden sukzessive jeweils 12 Monate (zum 2. August 2025), 24 Monate (zum 2. August 2026) und 36 Monate (zum 2. August 2027) Geltung erlangen. Hierbei verfolgt die KI-Verordnung einen risikobasierten Ansatz und bestimmt den Umfang der Pflichten anhand der Risiken der KI für Gesundheit, Sicherheit und Grundrechte natürlicher Personen. Bei Verletzung von Pflichten drohen hohe Bußgelder von bis zu EUR 35 Mio. bzw. 7 % des Umsatzes. Unternehmen werden sich unabhängig von ihrer Rolle in der KI-Wertschöpfungskette als Anbieter, Betreiber, Importeur oder Händler von KI mit zahlreichen neuen Anforderungen und Pflichten auseinandersetzen und auf diese vorbereiten müssen.

Anbieter von KI-Systemen mit hohem Risiko müssen beispielsweise bereits bei der Entwicklung und dem Design der KI-Modelle auf eine rechtmäßige Verwendung von Test- und Validierungsdaten achten, eine technische Dokumentation der KI und Betriebsanweisung für den ordnungsgemäßen Einsatz der KI erstellen sowie ein Konformitätsbewertungsverfahren durchlaufen. Betreiber von KI-Systemen mit hohem Risiko müssen u.a. einen ordnungs- und zweckmäßigen Einsatz von KI sowie eine menschliche Aufsicht über die KI sicherstellen. Daneben bestehen Informations- und Kennzeichnungspflichten auch bei Nutzung bestimmter KI-Systeme, die nicht als Hoch-Risiko KI zu qualifizieren sind.

Vor diesem Hintergrund ist die Umsetzung einer angemessenen AI Governance eine zwingende Notwendigkeit im Unternehmen, die nicht nur im Hinblick auf die rechtlichen Anforderungen der KI-Verordnung geboten ist, sondern auch unabhängig davon, ob das Unternehmen von den rechtlichen Pflichten betroffen ist, einen essentiellen Bestandteil der unternehmerischen Pflicht zur Bewältigung etwaiger Geschäftsrisiken für das Unternehmen bildet. Die Umsetzung einer angemessenen AI Governance ermöglicht es, die Risiken für das Unternehmen zu minimieren und die verantwortungsvolle Nutzung von KI im Einklang mit rechtlichen, ethischen und gesellschaftlichen Erwartungen sicherzustellen. Durch Ausgestaltung einer entsprechenden Organisation sowie Schaffung angemessener Richtlinien, Standards, Prozesse und Kontrollen können Unternehmen nicht nur ihrer Rechenschaftspflicht gerecht werden, sondern auch den effektiven und verantwortungsvollen Einsatz von KI im Unternehmen fördern, und somit nachhaltig von der transformativen Technologie profitieren.



Sarah-Lena Kreutzmann
Hogan Lovells



Dr. Martin Pflüger
Hogan Lovells

3

Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU

Neue rechtliche Anforderungen an die Cybersicherheit

Die regulatorischen Anforderungen an die Cybersicherheit werden zunehmend strenger und betreffen Unternehmen aus allen Branchen. Insbesondere die NIS-2-Richtlinie, der Digital Operational Resilience Act (DORA), der Cyber Resilience Act, die Radio Equipment Directive (Delegated Act) und der AI Act definieren weitgehende neue Pflichten für Unternehmen. Der Pflichtenkatalog enthält sowohl unternehmensbezogene Anforderungen als auch produktbezogenen Anforderungen.

Unternehmensbezogene Anforderungen:

Die NIS-2-Richtlinie, welche in Deutschland noch umzusetzen ist, betrifft Unternehmen aus verschiedensten Industrien. Unter der DORA sind insbesondere Banken und Versicherungen verpflichtet. Unter den neuen Regularien sind die Unternehmen unter anderem zur Implementierung von Risikomanagementmaßnahmen und zur Meldung von Sicherheitsvorfällen verpflichtet. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Pflichten der Geschäftsleitungen. Sie sind für die Umsetzung der Risikomanagementmaßnahmen im Unternehmen verantwortlich und müssen sich u.a. regelmäßig schulen lassen.

Produktbezogene Anforderungen:

Der Cyber Resilience Act definiert umfassende Anforderungen an die Sicherheit für vernetzte Produkte mit digitalen Elementen, die sich von der Konzeption, über die Entwicklung bis zur Unterstützung nach dem Inverkehrbringen erstrecken. Ein Schwachstellenmanagement sowie Sicherheitsupdates sind mindestens für fünf Jahre nach dem Inverkehrbringen zu gewährleisten. Neu ist auch, dass solche Produkte ein Konformitätsbewertungsverfahren im Hinblick auf die Cybersicherheit zu durchlaufen haben.

Die Radio Equipment Directive (Delegated Act) regelt Sicherheitsanforderungen für vernetzte Funkanlagen, was sich mit dem Anwendungsbereich des Cyber Resilience Acts überschneidet, während der AI Act Vorgaben für KI-Systeme enthält.

Sanktionen & Haftung:

Verstöße können zu Bußgeldern sowie weiteren Sanktionen wie Schadensersatz, Produktrückrufe sowie Produkthaftung führen. Zudem besteht das Risiko einer persönlichen Haftung der Geschäftsführung.

Fazit:

Cybersicherheit ist eine zentrale Managementaufgabe. Unternehmen sollten frühzeitig handeln, um regulatorische Anforderungen zu erfüllen und Haftungsrisiken zu minimieren.



Dr. Marcus Schreibauer
Hogan Lovells



Dr. Michael Thiesen
Hogan Lovells

4

Digitale Transformation kompakt: Entwicklungen in der EU

Die EU-Sicht zu kartellrechtlichen Implikationen der digitalen Transformation

Die digitale Transformation verändert Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten - und stellt das Kartellrecht und Unternehmen gleichermaßen vor neue Herausforderungen.

Die Fusionskontrolle wird zunehmend komplexer. Immer häufiger werden Konstellationen jenseits klassischer Unternehmenskäufe relevant, wie der Erwerb von IP, Know-how oder ganzen Entwicklerteams (sog. Acquihires). Auch strukturell kaum verankerte Partnerschaften geraten in den Fokus der Fusionskontrolle. Zusätzlich werden die Anmeldeschwellen unübersichtlicher. Neben den klassischen Umsatzschwellen gewinnen beispielsweise transaktionswertbasierte Schwellen (wie in Deutschland und Österreich) und sog. Call-in-Befugnisse, nach denen Zusammenschlüsse auch unterhalb der eigentlichen Anmeldeschwellen aufgegriffen werden können, an Bedeutung. Wichtig für Unternehmen: Fusionskontrollrechtliche Implikationen frühzeitig prüfen und bei der Transaktionsplanung und -dokumentation berücksichtigen.

Die digitale Transformation bedeutet vor allem eines: Vernetzung! Umso wichtiger wird der Zugang zu digitalen Infrastrukturen wie Plattformen, Schnittstellen oder Daten. Mit dem in den §§ 19, 20 GWB und Art. 102 AEUV normierten Missbrauchsverbot bestehen durchsetzungsstarke kartellrechtliche Ansprüche. Zugangsverweigerungen können insbesondere dann missbräuchlich sein, wenn sie diskriminierend durchgesetzt werden oder Wertschöpfung auf nachgelagerten Märkten verhindern. Wichtig für Unternehmen: Ansprüche prüfen, die Durchsetzungschancen sind gestiegen.

Unternehmen sind keine Silos mehr, sondern Teil großer Wertschöpfungsökosysteme. Hier rückt die kartellrechtssichere Ausgestaltung von Kooperationen in den Vordergrund - etwa bei Datenaustausch, Standardisierung oder KI-Projekten. Gerade wenn Wettbewerber beteiligt sind, gilt es, die kartellrechtlichen Leitplanken zu kennen - ohne dass das Kartellverbot zum Hindernis wird. Wichtig für Unternehmen: Eine frühzeitige rechtliche Begleitung kann hier Prozesse beschleunigen und Risiken minimieren.



Dr. Julian Urban
Hogan Lovells

5

Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis

AI im HR-Bereich: Externe und innerbetriebliche Regulierung

Die Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) in Unternehmensprozesse birgt immense Potenziale, stellt Unternehmen aber auch vor neue rechtliche Herausforderungen. Insbesondere die EU-KI-Verordnung (KI-VO) setzt klare Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI. Dabei handelt es sich gerade bei den im HR-Bereich eingesetzten KI-Anwendungen regelmäßig um Hochrisikosysteme.

Im Rahmen einer effizienten KI-Governance empfiehlt es sich einerseits, Regelungen für den Umgang mit KI durch die Arbeitnehmenden (KI-Policy) festzulegen und andererseits auch die notwendigen Überwachungsmechanismen für den Einsatz der KI-Systeme zu schaffen. Zu letzteren gehört typischerweise auch die Schaffung eines „KI-Beauftragten“ oder, bei vermehrtem Einsatz von KI im Unternehmen, eines „KI-Teams“. Auch wenn eine solche zentrale Stelle gesetzlich nicht vorgesehen ist, können in dieser die Verantwortungen gebündelt werden, um alle regulatorischen Anforderungen einzuhalten und eine verantwortungsvolle Nutzung der KI sicherzustellen.

Schließlich sind nicht nur bei der Einführung der KI-Policy und der Gestaltung des KI-Beauftragten Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats zu beachten, sondern auch bei der Einführung von KI-Anwendungen im Betrieb selbst. Zwar verlangt jede Einführung einer KI-Anwendung die eigenständige Einhaltung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats, dennoch empfiehlt sich zusätzlich eine Rahmenregelung. Mit dieser kann der Prozess für die Mitbestimmung geregelt und somit für den einzelnen Anwendungsfall erheblich beschleunigt werden. So lassen sich beispielsweise unterschiedliche Verfahren, abhängig von der Risikobewertung des konkreten Systems, vereinbaren.



Dr. Tim Gero Joppich

Hogan Lovells

6

Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis

AI und der Schutz von IP: Ein Blick aus der Vogelperspektive

Die zunehmende Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) in der Unternehmenspraxis birgt erhebliche Risiken für den Schutz geistigen Eigentums (IP). Zwei Case Studies illustrieren, wie Unternehmen typische IP-Risiken begrenzen können.

Case Study #1: Einsatz generativer KI im Unternehmen

Beim Einsatz generativer KI im Unternehmen drohen IP-Probleme: Geschäftsgeheimnisse können ungewollt an KI-Anbieter gelangen, fremde Inhalte im Input Haftungsfragen auslösen und KI-Output ist grundsätzlich nicht rechtlich geschützt. Schließlich kann KI-Output zu IP-Verletzungen durch nachahmende Inhalte führen.

Zu den Gegenmaßnahmen zählt eine Gen AI Use Policy, die beispielsweise die Nutzung generischer Namen, den Verzicht auf die Eingabe vertraulicher Daten, die Deaktivierung der Verlaufsspeicherung sowie die Prüfung des Outputs vorsieht – mit dem Ziel, ein unternehmensweites Grundbewusstsein für den sicheren Einsatz von Gen AI zu schaffen. Schulungen zum Schutz von IP können dieses Bewusstsein zusätzlich stärken. Für den Schutz des mit KI geschaffenen Arbeitsergebnisses sind interne Anweisungen für die Nachbearbeitung des KI-Outputs sowie extern vertragliche Regelungen gegenüber Dienstleistern sinnvoll.

Case Study #2: Entwicklung eigener KI-Systeme

Komplexer wird es bei der Entwicklung von KI-Systemen auf der Basis fremder Datenbanken, insbesondere sog. Retrieval-augmented generation (RAG) KI-Systeme. Hier drohen IP-Verletzungen durch die Nutzung fremder Inhalte, etwa durch KI-Verarbeitungsschritte wie Datenbankzugriffe oder indem öffentlich verfügbare Inhalte trotz Rechtevorbekalt verwendet werden. Auch kann eigenes IP als Trainingsinput gefährdet werden, etwa durch Reverse Engineering.

Abhilfe kann in diesem Fall durch die Einführung einer AI Developer Guideline mit interner Kategorisierung von IP, klaren Anweisungen zur IP-Nutzung und einer Überwachung der KI-Outputs geschaffen werden. Besonders bei RAG-Systemen sollten Lizenzverträge auf KI-Tauglichkeit geprüft werden. Auch die Ernennung eines AI-Officers, der den Schutz eigenen IPs und die IP-konforme KI-Entwicklung sicherstellt, kann ratsam sein.



Dr. Jasper Siems

Hogan Lovells

7

Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis

Litigation in Zeiten der digitalen Transformation: Haftungsrisiken allerorten?

Die digitale Transformation bringt zahlreiche neue Haftungsrisiken mit sich. Sie führt zu einer grundlegenden Umwälzung des Marktes. Große traditionelle Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig den neuen Gegebenheiten anpassen, gehen zugrunde. Dynamische, an die neuen Gegebenheiten angepasste Unternehmen steigen empor. Die dadurch hervorgerufene Disruption löst schon für sich genommen zahlreiche Konflikte aus.

Hinzu kommen neue Haftungsrisiken, die mit der digitalen Transformation einhergehen. Technologische Entwicklungen wie Deepfakes schaffen immer neue Bedrohungsformen und lassen bisherige Angriffsformen wie Cyberattacken und CEO Frauds zugleich immer gefährlicher werden. In der digitalen Welt ist außerdem alles mit allem verbunden. Tritt ein Schaden ein, hat dies aufgrund dieser Interkonnektivität meist weitere Folgen.

All dies bedarf neuer Regeln. Und – so banal es auch klingt – jede Regel führt zu neuen Pflichten. Aufgrund der Besonderheiten der deutschen Managerhaftung führt dies zu einer erheblichen Einengung der Handlungsfreiheiten. Wo es Rechtspflichten gibt, greift das Legalitätsprinzip – und die Business Judgement Rule wird verdrängt.

Der Gesetzgeber steht vor großen Herausforderungen. Haftungsrisiken in Zeiten der digitalen Transformation zu regeln ist kein leichtes Unterfangen. Viele technische Entwicklungen – vor allem die Künstliche Intelligenz (KI) – führen dazu, dass kein zurechenbares menschliches Handeln mehr vorliegt. Die herkömmlichen Kategorien der Rechtsordnung folgen dem althergebrachten Haftungsschema einer – menschlichen – Handlung, die eine (mono-) kausale Folge hat. Sie verschwimmen nun. Das Recht muss neu gedacht werden.

Und selbst die vergleichsweise banale Umstellung auf digitale Dokumente führt noch immer zu erheblichen Haftungsrisiken. Zwar sieht unsere Rechtsordnung inzwischen Regelungen vor, die digitalen Urkunden Rechtssicherheit verschaffen sollen. Gleichwohl ist das Leitbild des BGB und der ZPO noch immer die (Papier-) Urkunde, nicht das digitalisierte Dokument. Die Rechtsordnung ist bei der Verwendung digitaler Dokumente und dem Fehlen einer originalen (Papier-) Urkunden noch voll von Haftungsrisiken.



Dr. Kim Lars Mehrbrey
Hogan Lovells

8

Digitale Transformation kompakt: Anwendung in der Unternehmenspraxis

Compliance in Zeiten der digitalen Transformation

Mit dem Erreichen des Höhepunkts im Hype-Zyklus generativer KI müssen Legal-Tech-Anbieter ihre Versprechen in die Tat umzusetzen. Nutzererwartungen steigen stetig und es genügt nicht mehr, lediglich generische Lösungen anzubieten. Vielmehr müssen Anbieter demonstrieren, wie ihre Produkte reale Probleme lösen können. Dies kann durch die Automatisierung von Routineaufgaben (z. B. Entwerfen von NDAs oder Übersetzen von Dokumenten), die Optimierung juristischer Arbeitsabläufe (z. B. regelmäßiges Identifizieren neuer relevanter Regulatorik) und die Verbesserung des Dokumentenmanagements durch KI basierte automatische Klassifizierung und Sortierung von Informationen geschehen.

Gleichzeitig wachsen auch die Erwartungen seitens der Behörden. So zielt beispielsweise das U.S. Department of Justice in seinen jüngsten Guidelines auf die Vermeidung eines Ungleichgewichts zwischen den Technologieressourcen, die Compliance-Bereichen zur Verfügung stehen und den Technologieanwendungen, die zur Generierung von Geschäftschancen im Unternehmen eingesetzt werden ab.

Ein wesentlicher Aspekt bei der erfolgreichen Integration von KI liegt in der Auswahl geeigneter Anwendungsfälle. Während hochkomplexe rechtliche Prozesse und einmalige Vertragswerke weniger für den KI-Einsatz prädestiniert sind, eröffnen sich bereits heute zahlreiche Möglichkeiten, KI in den Arbeitsalltag zu integrieren. So bieten sich bei NDAs, Arbeitsverträgen und anderen wiederkehrenden Vertragsarten Chancen zur Automatisierung. Rechtsabteilungen können zudem Chatbots einsetzen, um Anfragen von Mitarbeitenden effizient zu bearbeiten.

Bei der Recherche nach neuen rechtlichen Vorgaben können über 90% der irrelevanten Informationen mithilfe sogenannter AI Classifier herausgefiltert werden. Gleichzeitig ermöglicht der Einsatz von KI bei der Aufbereitung großer Datenmengen für rechtliche Streitigkeiten oder Untersuchungen Zeitersparnisse von bis zu 80%. Es ist davon auszugehen, dass durch die stetige Weiterentwicklung der KI und die weiter stark zunehmenden Datenmengen die Anwendungen von KI im Rechtsbereich weiter zunehmen werden.



Dr. Sebastian Gräler
Hogan Lovells



Marcus Busch
ELTEMATE

The Hogan Lovells logo consists of the words "Hogan" and "Lovells" stacked vertically in a white, serif font on a black rectangular background.

Hogan
Lovells

The ELTEMATE logo features the word "ELTEMATE" in a white, sans-serif font centered within a solid blue square.

ELTEMATE

hoganlovells.com

“Hogan Lovells” or the “firm” is an international legal practice that includes Hogan Lovells International LLP, Hogan Lovells US LLP and their affiliated businesses.

The word “partner” is used to describe a partner or member of Hogan Lovells International LLP, Hogan Lovells US LLP or any of their affiliated entities or any employee or consultant with equivalent standing. Certain individuals, who are designated as partners, but who are not members of Hogan Lovells International LLP, do not hold qualifications equivalent to members.

For more information about Hogan Lovells, the partners and their qualifications, see www.hoganlovells.com.

Where case studies are included, results achieved do not guarantee similar outcomes for other clients. Attorney advertising. Images of people may feature current or former lawyers and employees at Hogan Lovells or models not connected with the firm.

© Hogan Lovells 2024. All rights reserved.